

## Warum der Westen den Terrorismus in Vietnam und Myanmar beschönigt



Brian Berletic

Da die Spannungen zwischen den USA und China zunehmen und es immer deutlicher wird, dass die USA nicht in der Lage sind, mit China in den Bereichen Entwicklung, Handel und Investitionen zu konkurrieren, insbesondere in den Regionen an Chinas Peripherie, greifen die USA zunehmend zu asymmetrischen Maßnahmen wie politischem Zwang, Subversion und sogar Gewalt.

Die militärische Aggression und politische Subversion der USA, insbesondere in Südostasien, erstreckt sich über viele Jahrzehnte. Neben dem Vietnamkrieg und den damit verbundenen Konflikten, die im 20. Jahrhundert in Laos, Kambodscha und sogar Thailand wüteten, haben die USA in jüngster Zeit einen zunehmend geeinten regionalen Block von Oppositionsgruppen unterstützt, der manchmal als „[Milk Tea Alliance](#)“ bezeichnet wird.

Zu dieser so genannten Allianz gehören Oppositionsgruppen, die in den westlichen Medien in Myanmar, Thailand und Hongkong stark beworben werden – alle drei haben in unterschiedlichem Ausmaß tödliche Gewalt eingesetzt, um sowohl ihre eigenen politischen Ambitionen als auch die außenpolitischen Ziele der USA zu fördern. Die USA haben auch versucht, ähnliche Oppositionsgruppen in anderen südostasiatischen Ländern aufzubauen, allerdings mit weniger Erfolg, da die Medien kaum über sie berichten und sie daher von der breiten Öffentlichkeit kaum verstanden werden, wenn ihre Gewalttätigkeiten doch einmal Schlagzeilen machen.

Zwei aktuelle Beispiele von Terrorismus in Südostasien verdeutlichen die anhaltende Bedrohung durch von den USA unterstützte Gewalt in der Region.

Ein Anschlag wurde von der Opposition in Myanmar verübt, einer Bewegung, die von den westlichen Regierungen und den westlichen Medien stark gefördert wird. Der andere wurde von Extremisten aus einer weniger bekannten ethnischen Gruppe in Vietnam verübt. Beide Anschläge wurden von den westlichen Medien schöngeredet, beschönigt und sogar gerechtfertigt, wodurch sie zu künftiger Gewalt ermutigt wurden, was zeigt, dass Washington weiterhin Gewalt und Terrorismus einsetzt, um seine außenpolitischen Ziele in der Region gegenüber China durchzusetzen.

### **Myanmars „Freiheitskämpfer“ schlachten Sänger ab, die nicht einverstanden sind**

Die BBC hat am 8. Juni einen [Artikel](#) mit dem Titel *Lily Naing Kyaw: Killing of Myanmar singer unnerves pro-military celebrities* (Tötung einer Sängerin in Myanmar verunsichert pro-militärische Prominente), verurteilt schon im Titel die Gewalt eindeutig nicht. Der Artikel selbst versucht, die Handlungen der Terroristen zu rechtfertigen, die eine Sängerin mit einem Kopfschuss töteten, nur weil sie die politischen Ansichten der von den USA und Großbritannien unterstützten Opposition ablehnte.

Nirgendwo in dem Artikel wird das Wort Terrorismus verwendet. Stattdessen dreht sich der Großteil des BBC-Artikels um den Versuch, die Leser davon zu überzeugen, dass das Opfer den Tod für seine „pro-militärische“ politische Haltung verdient hat. Der Artikel verweist auch auf die abschreckende Wirkung, die der Terrorismus der Opposition auf die Rede- und Meinungsfreiheit derjenigen in Myanmar hat, die die gegenwärtige Regierung unterstützen.

Die BBC beginnt mit der Behauptung:

Die myanmarische Sängerin Lily Naing Kyaw starb in einem Krankenhaus in Yangon, nachdem ihr eine Woche zuvor in den Kopf geschossen worden war – angeblich von bewaffneten Gegnern des Militärs, für das sie eintrat.

Ihr Tod hat nicht nur die Anhänger des Militärs schockiert, sondern auch Prominente, die mit den militärfreundlichen Medien zusammenarbeiten.

Die 58-Jährige stand der Spitze der Junta nahe, die 2021 die Macht ergriff und das Land in den Krieg stürzte – sie wurde auch beschuldigt, deren Informantin zu sein.

Der Artikel räumt ein, dass die Mordverdächtigen einer der vielen „bewaffneten Widerstandsgruppen“ angehörten, die im Namen der „Nationalen Einheitsregierung“ (NUG) kämpfen, einer von den USA unterstützten Exilregierung, die Washington wieder an die Macht bringen will.

Die BBC berichtete auch, wie Oppositionelle den Mord an Lily Naing Kyaw auf Facebook hämisch bejubelten und feierten – ein klarer Verstoß gegen die Nutzungsbedingungen von Facebook und die Beschränkungen für Hass, Missbrauch und die Förderung von Gewalt. Dies veranschaulicht das doppelte Spiel, das die in den USA ansässigen Social-Media-Plattformen weiterhin spielen: Sie ignorieren den eklatanten Missbrauch ihrer Plattformen, wenn Gruppen dazu beitragen, die außenpolitischen Ziele der USA voranzutreiben, und zensieren diejenigen, die die Einmischung der USA auf der ganzen Welt in Frage stellen.

Die Tatsache, dass die Opposition in Myanmar Militante umfasst, die Terrorismus ausüben, und dass prominente Stimmen, die die Opposition anführen, diesen anfeuern, steht im Widerspruch zu den Behauptungen der westlichen Medien, sie würden für westliche Werte wie Freiheit, Demokratie

und Menschenrechte kämpfen. Trotz der Tatsache, dass jeder, der den Terrorismus anfeuert, eindeutig unvereinbar ist mit einer Bewegung, die angeblich für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte kämpft, fuhr die BBC in dem Artikel fort, Myanmars Opposition als pro-demokratisch zu bezeichnen.

Es ist also klar, dass Begriffe wie „pro-demokratisch“ von den westlichen Medien einfach dazu benutzt werden, die Stellvertreter westlicher Regierungen in der Region zu unterstützen, selbst wenn deren Aktionen eindeutig anti-demokratisch und sogar terroristisch sind.

### **Von den USA unterstützte Separatisten töten Zivilisten, weil sie sich „unterdrückt und betrogen“ fühlen**

Die von der US-Regierung finanzierte Medienplattform Radio Free Asia fügt in einem [Artikel](#) vom 11. Juni mit der Überschrift *Bewaffnete Gruppe greift vietnamesische Polizeistationen an, 39 Menschen verhaftet* unter der Schlagzeile schnell den Vorbehalt hinzu:

Gründe für den Angriff im zentralen Hochland unklar, aber die Menschen in der Region fühlen sich unterdrückt und betrogen.

Wieder einmal versuchen westliche Staatsmedien, etwas zu rechtfertigen, was ansonsten einfach Terrorismus ist. Genau wie in dem oben erwähnten Artikel der britischen Staatsmedien erwähnt RFA das Wort „Terrorismus“ in dem gesamten Artikel nicht ein einziges Mal. Stattdessen wird versucht, einen Fall zu konstruieren, um die von der ethnischen Minderheit der Montagnards ausgeübte Gewalt zu rechtfertigen.

RFA geht nur kurz auf den Hintergrund der Volksgruppe der Montagnard ein und behauptet:

Während des Vietnamkriegs kämpften die Montagnards an der Seite von Spezialeinheiten der US-Armee im zentralen Hochland.

Hunderte von ihnen haben in den letzten Jahrzehnten die Grenze nach Kambodscha überquert und sich auf die Unterdrückung durch die vietnamesische Regierung, die religiöse Verfolgung der hauptsächlich christlichen Minderheit und die Enteignung ihres Landes berufen. Viele wurden in ihre Heimat zurückgeschickt, was ihre Hoffnungen auf eine Wiederansiedlung und ein besseres Leben zunichte machte.

Der Separatismus der Montagnard-Volksgruppe wird mit keinem Wort erwähnt, und schon gar nicht die jahrzehntelange Unterstützung der US-Regierung für die Verfolgung separatistischer Ziele.

In einem [Artikel](#) über dieselben Terroranschläge erwähnt die AFP tatsächlich die separatistischen Bestrebungen der Montagnards und räumt ein:

Einige Stämme in der Region, die unter dem Namen Montagnards bekannt sind, haben sich während des jahrzehntelangen Krieges in Vietnam auf die Seite des von den USA unterstützten Südens gestellt. Einige fordern mehr Autonomie, während andere im Ausland für die Unabhängigkeit der Region eintreten.

Wie die USA auch anderswo in der Welt, einschließlich in China selbst, bewaffnete separatistische Bewegungen in Xinjiang und Tibet unterstützt haben, wurden und werden die Montagnards von der US-Regierung gezielt unterstützt, um Frieden, Stabilität und die territoriale Integrität Vietnams zu untergraben.

Die USA wollen nicht nur die derzeitige Regierung Vietnams entmachten, sondern das gesamte Regierungssystem abschaffen und ersetzen.

In einer [Anhörung](#) des US-Repräsentantenhauses zum Thema „Handelsbeziehungen zwischen den USA und Vietnam“ im Jahr 2000 antwortete der damalige US-Repräsentant Dana Rohrabacher auf die Frage, „wie die USA das Tempo und die Richtung der wirtschaftlichen und politischen Reformen in Vietnam am wirksamsten beeinflussen können“:

Das oberste Ziel sollte nicht sein, ihnen [Vietnam] zu helfen, wirtschaftlich zu wachsen. Denn Ronald Reagan sagte über die Sowjetunion jede Woche, was wir getan haben, um die Wirtschaft der Sowjetunion zu untergraben, was schließlich zur Freiheit in Russland führte.

Wir müssen stattdessen das tun, was Reagan getan hat, nämlich die Menschen in Vietnam und in der Region unterstützen, die nach Demokratie streben, und die Kommunikation mit dem vietnamesischen Volk selbst fördern, das sich für eine freiere und offenere demokratische Gesellschaft einsetzt. Es stehen uns viele Wege offen. Wir sollten große Anstrengungen durch unsere Nationale Stiftung für Demokratie (NED) und die Unterstützung von Radio Free Asia usw. unternehmen. Das ist der Weg zu einem besseren, friedlicheren und freieren Vietnam.

Sowohl in der Frage als auch in der Antwort ging es im US-Repräsentantenhaus eindeutig um die politische Einmischung in Vietnam, die gegen die UN-Charta, ihr Verbot der ausländischen Einmischung und den Schutz der politischen Unabhängigkeit verstößt.

Der Plan bestand darin, Oppositionsgruppen in Vietnam direkt durch die NED zu unterstützen und vietnamesische Oppositionsgruppen durch Medienorganisationen der US-Regierung wie RFA zu fördern, um die vietnamesische Regierung zu destabilisieren und unter Druck zu setzen, während gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung Vietnams behindert wird, in der Hoffnung, die Reihen dieser von den USA unterstützten Oppositionsbewegungen zu vergrößern.

Während derselben Anhörung sagten auch Vertreter der Montagnards aus, darunter der stellvertretende Direktor der in den USA ansässigen und von der US-Regierung finanzierten *Montagnard Human Rights Organization* (MHRO). Deren stellvertretender Direktor beendete seine Ausführungen mit der Feststellung:

Die Regierung der USA ist die einzige Hoffnung, die Montagnard-Bevölkerung aus Vietnam herauszuholen und den im zentralen Hochland verbliebenen Montagnard-Bevölkerungen zu helfen, damit sie ein Recht auf Leben und die Möglichkeit haben, ihr Leben zu entwickeln.

Mit dem „Recht zu leben und die Möglichkeit zu haben, ihr Leben zu entwickeln“ meint die MHRO jedoch Separatismus.

Die offizielle Website der MHRO enthält heute einen Abschnitt mit der Überschrift [Erfolge](#), der mit einer langen Liste der Zusammenarbeit mit der US-Regierung gefüllt ist. In einem Unterabschnitt mit der Überschrift *Veranstaltung* behauptet die Organisation:

Ein Treffen in kleiner Runde mit ausgewählten Montagnard-Teilnehmern und den Mitarbeitern der Montagnard Human Rights Organization (MHRO), United Mon-

tagnard Overseas (UMO) und einem Gastredner wird Informationen austauschen, ihre Ideen einholen und eine Diskussion über die Themen Selbstbestimmung der Montagnards, Selbstverwaltung und Autonomiemodelle in der ganzen Welt anregen. Die MHRO wird über ihre Forschung und die Entwicklung des Rechtsdokuments *The Montagnard Framework for Freedom und ihre Bemühungen mit dem National Endowment for Democracy und dem U.S. Institute of Peace* berichten.

Im Wesentlichen war die MHRO Teil einer Brainstorming-Veranstaltung zum Separatismus der Montagnards, deren Ergebnisse dann umgehend an das NED der US-Regierung weitergeleitet wurden, mit dem offensichtlichen Ziel, die für die weitere Verfolgung des Separatismus erforderlichen Programme zu erstellen und zu finanzieren.

Vor dem Hintergrund des jahrzehntelangen von den USA geförderten Separatismus unter der ethnischen Minderheit der Montagnards stellt der RFA-Artikel über die jüngsten Angriffe von Montagnard-Extremisten, bei denen Polizisten, Verwaltungsangestellte und umstehende Zivilisten getötet wurden, eindeutig eine Unterstützung durch die Medien dar, die zu der finanziellen und politischen Unterstützung hinzukommt, die Washington bereits gewalttätigen Separatisten in Vietnam gewährt.

### **US-Gewalt zielt kollektiv auf Südostasien – Südostasien muss kollektiv handeln**

Die Tatsache, dass sowohl die von der US-Regierung finanzierte RFA als auch die vom britischen Staat finanzierte BBC den gleichen Ansatz verwenden, um den Terrorismus in Myanmar und Vietnam zu beschreiben, zeigt, dass diese Bemühungen sowohl absichtlich als auch konzertiert von den westlichen Medien unternommen werden und sich nicht nur gegen ein einzelnes Land, sondern gegen die gesamte Region Südostasien richten.

In Anbetracht der regionalen Bedrohung, die von den USA und Europa geförderte Aufwiegelung, Separatismus, Gewalt und sogar Terrorismus für Südostasien darstellen, wäre es nicht unvernünftig, wenn Südostasien über regionsweite Lösungen nachdenken würde.

Wie die [South China Morning Post](#), berichtet, hat die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) begonnen, über eine gemeinsame Antwort auf westlich organisierte „Farbrevolutionen“ zu sprechen. Der chinesische Präsident Xi Jinping hatte „die Länder aufgefordert, ausländische Kräfte daran zu hindern, Farbrevolutionen anzuzetteln“.

Südostasien ist bereits in der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) organisiert, zu deren Grundprinzipien die Nichteinmischung gehört. Diese Grundsätze können durch regionale Maßnahmen zur Aufdeckung und Bekämpfung ausländischer Einmischung ergänzt werden, und zwar sowohl in Form der Unterbindung des Flusses ausländischer Gelder, die in Oppositionsgruppen fließen, die diese Einmischung betreiben, als auch durch die Sicherung des ASEAN-Informationsraums, der immer noch weitgehend von US-amerikanischen Social-Media-Plattformen und einem ausgedehnten Netzwerk von Medienorganisationen in Südostasien dominiert wird, die von westlichen Interessen finanziert werden und für diese arbeiten.

Letztlich sind diese beiden jüngsten Terroranschläge, die sowohl von den US-amerikanischen als auch von den britischen Staatsmedien beschönigt und gerechtfertigt wurden, nur ein kleines Bei-

spiel für eine große und wachsende Welle politischer Gewalt, die auf die Einmischung des Westens in der Region zurückzuführen ist.

In dem Maße, wie China weiter aufsteigt und den Rest Asiens, einschließlich Südasiens, mit sich zieht und die USA als globale unipolare Macht weiter schwinden, wird Washington zunehmend auf Gewalt zurückgreifen, um zunächst einen Regimewechsel in der Region herbeizuführen und andernfalls die Region zu stören und zu destabilisieren, um sowohl ihren Aufstieg als auch den Aufstieg Chinas zu verhindern. Nur die Zeit wird zeigen, ob die Nationen Südasiens gemeinsam gegen diese Gewalt vorgehen können, die sich gegen Südostasien richtet.